

Nur Zwölf

Kommission schlägt Umbenennung von Straßen vor. Aber etliche belastete Straßen fehlen. DIE LINKE ist nicht ganz zufrieden. **S.2**

Beteiligung unerwünscht

DIE LINKE hat ein Bürgerbudget vorgeschlagen. Es sollte endlich eine richtige Mitgestaltung der BürgerInnen umgesetzt werden. **S.3**

Schlagstock voran

Für den OSD wurden Schlagstöcke angeschafft. DIE LINKE sieht darin eine gefährliche Entwicklung und befürchtet mehr Gewalt. **S.5**

Ausverkauf

Der Platz vor dem Carsch-Haus wurde von der Stadt an eine Firma verscherbelt. DIE LINKE war allein in ihrem Protest. **S.7**

Rummackern, aber nichts auf die Reihe kriegen



Foto: © Can Stock Photo / arturkurjan

„Bauen, Bauen, Bauen“ ist gescheitert

Profitorientierter Wohnungsbau ist nicht bezahlbar

Angeblich gibt es zu wenige Wohnungen in Düsseldorf. Dabei sollten bei nahe 360.000 Wohnungen mit durchschnittlich 75 m² für eine Bevölkerung von 640.000 Menschen ausreichend sein. Warum nimmt die Wohnungsnot dann zu? Die Erklärung ist, es wird falsch gebaut.

Eine Anfrage der LINKEN im Wohnungsausschuss im September 2019 ergab, dass von 2.575 neu errichteten Wohnungen in 2018 nur 106 öffentlich gefördert, dafür aber 823 teure Eigentumswohnungen waren. Das ergibt einen Anteil von gerade einmal 4,2 Prozent Sozialwohnungen. 50 Prozent der Bevölkerung haben jedoch einen Anspruch auf eine Sozialwohnung.

Gebaut wird nur noch für den Profit

Diese Entwicklung ist entstanden, weil in den vergangenen Jahren der Wohnungsmarkt profitorientierten Immobilienkonzernen überlassen wurde. Bei einem Anstieg der Immobilienpreise von circa 10 Prozent im Jahr sinkt der Ehrgeiz von Privatinvestoren, die Wohnungen auch zu vermieten. Wohnungen werden immer mehr zu reinen Spekulationsobjekten. Auch Baugrundstücke werden zunehmend

nicht mehr gekauft, um dort zu bauen, sondern um sie mit hohen Profiten weiter zu verkaufen. Wenn dann irgendwann doch gebaut wird, treibt diese Praxis natürlich die Mietpreise weiter nach oben. So stehen in Düsseldorf inzwischen über 13.000 Wohnungen länger als drei Monate leer. Gleichzeitig suchen über 5.000 Menschen händeringend nach einer bezahlbaren Wohnung.

Die Parole „Bauen, Bauen, Bauen“ des Oberbürgermeisters bewirkt, dass die Nachfrage nach rentablen Kapitalanlagen bedient wird, statt der Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen. Deshalb fordert DIE LINKE, dass die zunehmende Privatisierung des Wohnungsmarktes gestoppt wird. Wohnen ist Menschenrecht und gehört zur Daseinsvorsorge.

Privatisierung stoppen

Eine zweite Entwicklung ist die zunehmende Privatisierung von Wohnungen, die bisher in öffentlicher Hand waren oder als Werkwohnungen den Beschäftigten dienen. Ein besonders schlimmes Beispiel ist die Privatisierung der Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG). Seit 2013 ist die LEG an der Börse notiert und hat 2019 über 250 Millionen Euro an

ihre Aktionäre als Dividende ausgeschüttet. Diese Dividende hat die LEG zuvor aus ihren Mieterinnen und Mietern über Mieterhöhungen herauspressen müssen. Die LEG gehört nach Überzeugung der LINKEN wieder in öffentliche Hand, damit diese Ausplünderung der MieterInnen aufhört.

Ein weiteres Negativbeispiel ist der Verkauf der Rheinbahnwohnungen an die DWG, die sie jetzt zugunsten teurerer Neubauten abreißt. Deshalb fordert DIE LINKE, dass der Verkauf der städtischen Grundstücke an profitorientierte Investoren endgültig eingestellt wird.

Kehrtwende in der Wohnungspolitik

Die große Mehrheit der Düsseldorfer Bevölkerung braucht eine Wohnung, deren Miete weniger als 30 Prozent ihres Einkommens beträgt. Solche Wohnungen sind kaum noch zu bekommen.

DIE LINKE will darum einen kommunalen Wohnungsbau, der zu 100 Prozent öffentlich gefördert ist. Statt der hohlen Phrase „Bauen, Bauen, Bauen“, fordert DIE LINKE: Bezahlbaren Wohnraum bauen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Schock der Ministerpräsidentenwahl von Thüringen war bis ins Rheinland zu spüren. Nach diesem Dammbbruch haben sich erstmals alle demokratischen Fraktionen im Düsseldorfer Stadtrat hinter einem Antrag der LINKEN versammelt: Düsseldorf soll ein Konzept gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus bekommen! Die große Mehrheit für unseren Antrag markierte das Ende einer Gleichsetzung von Rechts und Links, die von anderen Parteien jahrzehntelang gegen DIE LINKE genutzt wurde. Seit der Ratssitzung vom 6. Februar besteht Einigkeit, dass Düsseldorf ein Problem mit dem Rechtsextremismus hat. Rechtsextremismus richtet sich gegen Demokratie und Menschlichkeit. Um ihn wirksam zu bekämpfen, muss die Stadt auch Initiativen wie Düsseldorf stellt sich quer mit ins Boot holen.

Initiativen aus der Gesellschaft bringen die Stadt voran. Das zeigt sich am Beispiel des bisherigen Fraktionsgeschäftsführers der LINKEN, Ben Klar. In seinem Berufsleben hat er an zahlreichen Anfragen und Anträgen mitgewirkt. Nach seiner Verrentung Ende 2019 hat er sich entschieden, seine neue Freizeit der Initiative für das Bürgerbegehren „Wohnen bleiben im Viertel“ gegen Wuchermieten zu widmen.

Dieses Bürgerbegehren des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum soll Menschen vor Verdrängung aus ihren Nachbarschaften verhindern. Die Unterschriftenliste für das Bürgerbegehren liegt dieser Ausgabe des R(h)einblicks bei.

Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

32.591 Arbeitslose in Düsseldorf = 9,4 %

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit ist. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 Jahre sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl. Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Januar 2020 bei 23.379 (offizielle Arbeitslosenquote 6,9 Prozent). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, aus der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 32.591 um 9.212 Personen höher als die schön gerechnete, offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 4.856 freie Arbeitsstellen im Januar gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite: www.linksfraktion-duesseldorf.de

Mangel an Proberäumen dauert an

2012 wurde der Musikbunker in Lierenfeld geschlossen. Dann wurde die Nutzung der Proberäume im Bunker Gerresheim untersagt. Die Räume an der Werstener Dorfstraße mussten geschlossen werden. Der Bestand von 300 Räumen reduzierte sich damit um die Hälfte. Anfang 2012 wurde eine Recherche zur Proberaumsituation durchgeführt. 5.000 Euro hat die Stadt in die Recherche investiert. 2016 gab die Verwaltung auf Anfrage der LINKEN zu, keine der Empfehlungen aus der Studie umgesetzt zu haben. Die LINKE kritisiert, dass es immer noch keine Übersicht über Angebot und Kosten gibt. Ein Antrag der LINKEN, ein Musikbüro als Anlaufstelle für die Schaffung von Proberäumen einzuführen, wurde in der Debatte um den Haushalt für 2020 abgelehnt.

Fahrradwege werden ausgebremst

Düsseldorf investiert zu wenig in Radwege

Der Bund hat 900 Millionen Euro für innovative Radverkehrsprojekte in den Haushalt 2020 eingestellt. Dieses Geld kann von den Kommunen für Infrastrukturprojekte abgerufen werden. Da läge es nahe, dass die Stadt Düsseldorf für die Umsetzung der Klimaziele zugreift und den Ausbau des Radschnellweges vorantreibt. Für die Gesamtstrecke von 30,7 Kilometern im Süden Düsseldorfs

und 14,5 Kilometern im Norden in Richtung Ratingen und Duisburg sind inklusive der Planungskosten 48,4 Millionen Euro angesetzt. Doch die Ampel-Fraktionen im Rathaus rühren sich nicht.

Einige Gelder warten sogar schon seit 2013 auf Abruf. Düsseldorf nahm damals am Planungswettbewerb des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

teil und gewann. Dr. Stephan Keller, damals Verkehrsdezernent von Düsseldorf, nahm die Auszeichnung entgegen. Das Land NRW stellt seitdem 80 Prozent der Finanzierung für Planung und Bau des Radschnellwegs bereit.

Wichtig ist bei der Planung die Zusammenarbeit mit den umliegenden Städten. Die Umsetzung der Pläne im eigenen Stadtgebiet kann jede Kommune für sich umsetzen. Monheim baut seinen Teil des Radschnellwegs schon. Düsseldorf könnte längst ebenfalls in Eigenverantwortung losgelegt haben. Stattdessen wartet die Stadtverwaltung die Ergebnisse einer europaweiten Ausschreibung ab.

Aktuell investiert Düsseldorf nur 5,48 Euro je EinwohnerIn in den Radverkehr. Kopenhagen wendet 35,60 Euro pro EinwohnerIn und Jahr für den Radverkehr auf, Oslo 70 Euro und Utrecht 132 Euro. Für den Haushalt 2020 hat die LINKE den Antrag gestellt, das Budget in Düsseldorf auf 10 Euro je EinwohnerIn zu erhöhen. Der Antrag wurde im Stadtrat leider abgelehnt.



Warten auf den Radschnellweg
Foto: (CC.0) pixabay/ mfacchinetti

Straßennamen und ihre Bedeutung

Kommission empfiehlt Umbenennung von nur 12 Straßen

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kultur- und Ausschuss die Initiative gestartet, alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen umbenannt werden.

Die Kommission stellt ihren Bericht vor

Eine Kommission aus der Mahn- und Gedenkstätte, dem Stadtarchiv Düsseldorf und einem wissenschaftlichen Beirat empfiehlt, jetzt nur zwölf Straßennamen in Düsseldorf zu ändern. Entscheiden wird das allerdings der Stadtrat.

Auf Initiative der LINKEN im Kulturausschuss wurde die Kommission 2018 gebildet, um Straßennamen in Düsseldorf zu untersuchen. Damit soll eine Ehrung von TäterInnen des Kolonialismus, Militarismus, Nationalsozialismus und Antisemitismus als NamensgeberInnen von Straßen und Plätzen beendet werden. 79 ‚verdächtige‘ Namensgeber begutachtete die Kommission. Dann wurden sie in drei Kategorien unterteilt:

In Kategorie A handelt es sich um schwer belastete Straßennamen, wie die Porschestraße: „Unter seiner Leitung wurden ab 1940 tausende Zwangsarbeiter eingesetzt, darunter Kriegsge-

fangene und KZ-Insassen (...). Für seine Verdienste um die Kriegsindustrie wurde dem Techniker 1942 ehrenhalber der Rang eines SS-Oberführers zugestanden“, heißt es in dem Gutachten. Hier schlägt die Kommission eine Umbenennung vor. In Kategorie B sind partiell belastete und diskussionswürdige Namensgeber eingeordnet. Hier spricht die Gesamtbiographie für eine Beibehaltung. In Kategorie C sind unbelastete Straßennamen, bei denen eine Umbenennung nicht vorgesehen ist. Gleichwohl gibt es auch in dieser Kategorie Straßennamen, die heute nicht mehr gewählt würden.

Kritik an scheinbar Unbelasteten

Insbesondere an der Einordnung einiger Straßen in die Kategorie C gibt es jedoch massive Kritik. Ein Beispiel ist der Wehrmacht-Offizier Erich Hoepner. Zwar war dieser am Attentat auf Hitler beteiligt, doch ein Ende des Holocausts wollten die meisten der Militärwiderständler gar nicht. Hoepner hatte im Vorfeld des „Russlandfeldzuges“ aus seiner Gesinnung keinen Hehl gemacht: „Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muß die Zertrümmerung des heutigen Rußland zum Ziele haben und



Auch Porsche war ein Nazi
Foto: gafas/R(h)einblick

deshalb mit unerhörter Härte geführt werden.“ (siehe auch R(h)einblick Nr. 30)

Die Hohenzollernstraße taucht in der Aufstellung gar nicht erst auf, obwohl die Hohenzollern die Welt in den Ersten Weltkrieg stürzten und große Teile der Familie frühzeitig Hitler unterstützten. (siehe auch R(h)einblick Nr. 32).

Ob der Stadtrat am Ende der Empfehlung der Kommission folgt und wenigstens die 12 Straßen der Kategorie A umbenannt, darf bezweifelt werden. DIE LINKE bleibt jedoch am Thema und setzt sich dafür ein, dass die zwölf vorgeschlagenen sowie weitere belastete Straßen umbenannt werden.

Weiter Vorfahrt für Autos

Autofreie Stadt bei Großveranstaltungen bleibt eine Ausnahme

Autos sind aus dem Bild der Stadt immer noch kaum wegzudenken. Doch vieles spricht gegen den massiven Autoverkehr in der Innenstadt: Nicht nur im Sommer bemerkt man an Verkehrsknotenpunkten, wie der Berliner Allee, wie schlecht die Luft durch Autoabgase ist. Düsseldorf hat im bundesweiten Vergleich besonders schlechte Luftwerte. FahrradfahrerInnen müssen sich aufgrund fehlender Radwege oft mit Autos eine Fahrspur teilen und werden immer wieder in Unfälle verwickelt. Kinder müssen ihre Schulwege über vielbefahrene Straßen und Kreuzungen nehmen. Auch die NutzerInnen des öffentlichen Nahverkehrs, die auf vielen Linien mitten auf der Straße aussteigen müssen, erleben immer wieder, dass der letzte PKW vorbeirast, während sich die Türen der Straßenbahn schon geöffnet haben.

Autofreier Tag als Lösung

Deshalb hat DIE LINKE lange für einen autofreien Tag gekämpft. 2019 beschloss der Stadtrat endlichen einen autofreien Sonntag für den vergangenen September. An diesem Tag waren die Straßen in der Innenstadt für Autos gesperrt und Bus und Bahn waren für alle DüsseldorferInnen kostenlos. Dieses Angebot von Stadt und Rheinbahn war sehr

erfolgreich und zeigte, dass viele Menschen das Auto stehen lassen und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt fahren, wenn es sich für sie lohnt. Oberbürgermeister Geisel sagte zum autofreien Sonntag „Die tolle Resonanz zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

DIE LINKE begrüßt ebenfalls diesen Schritt in Richtung einer ökologischen Verkehrswende. Deswegen hat DIE LINKE zur Ratssitzung Anfang Februar einen Antrag gestellt, den autofreien Tag in diesem Jahr mehrmals durchzuführen. Für eine Wiederholung des autofreien Tags eignen sich zwei Großveranstaltungen besonders - der Japan-Tag mit durchschnittlich 600.000 BesucherInnen und der Metro-Marathon. Zum Metro-Marathon werden bereits weite Teile der Stadt zeitweilig für den Autoverkehr gesperrt. Wenn die beiden Tage auch autofrei wären, hätten die DüsseldorferInnen und Düsseldorfer zudem die Möglich-

keit, den ÖPNV kostenlos zu nutzen. Der Stadtrat entschied sich jedoch gegen die beiden Termine. Stattdessen wurde der 15. Radaktivtag als autofreier Tag beschlossen. Die Mehrheit im Stadtrat für einen weiteren autofreien Tag war immerhin erfreulich. Jedoch ist zu kritisieren, dass die Breitenwirkung am Radaktivtag deutlich geringer sein wird, da nur mit ca. 25.000 BesucherInnen zu rechnen ist.

Für eine sozial gerechte Verkehrswende brauchen wir gut ausgebaute Radwege und ein breites ÖPNV-Angebot als echte Alternative zum Auto. Damit tun wir nicht nur etwas für das Klima, sondern profitieren durch bessere Luft und sicheren Straßenverkehr.



Aktive Bürgerbeteiligung unerwünscht

Mehrheit des Rates lehnte ein Bürgerbudget ab

Bundesweit und selbst weltweit gehen immer mehr Kommunen dazu über, ihre BewohnerInnen in Prozesse und Entwicklungen der Stadt einzubinden. In Düsseldorf ist dies zwar angekommen, aber meist beschränkt sich die Bürgerbeteiligung, leicht zugespitzt, auf die Frage ob der Baum links oder rechts auf dem Gelände gepflanzt wird. Grundsätzliche

umfelds beizutragen, ist das sogenannte Bürgerbudget. In einem mehrstufigen Verfahren entscheiden die EinwohnerInnen was mit dem Geld gemacht wird. So sind in Kommunen Spielplätze, Kulturhäuser und vieles anderes zusammen entwickelt und gebaut worden.

DIE LINKE hatte zum Haushalt 2020 einen Antrag gestellt, dass jährlich

verschiedene Weise können Vorschläge eingereicht werden. Für die Ideen gibt es nur wenige Vorgaben: die Umsetzung darf nicht mehr als 50.000 Euro kosten und muss innerhalb von zwei Jahren möglich sein; die Idee muss im Handlungsspielraum der Stadt liegen und muss zum Wohl der EinwohnerInnen beitragen. Die Vorschläge aus der Bürgerschaft werden dann von der Verwaltung auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Parallel dazu werden in einer Bevölkerung die Ideen gemeinsam diskutiert. So blieben in Wuppertal von 200 eingereichten Vorschlägen 32 übrig. Die endgültige Auswahl erfolgte dann über eine Online Abstimmung.

Diese sogenannte partizipative Budgetplanung ist die erfolgreichste Beteiligungsform an der Kommunalpolitik. Kein anderes informelles Verfahren erreicht höhere Beteiligungszahlen. In Deutschland beteiligen sich rund 300 Kommunen an dieser Form der Bürgerbeteiligung. Aber was machte die Mehrheit des Düsseldorfer Rates? Sie lehnte den Antrag ab. DIE LINKE bleibt jedoch dran und hat die Forderung auch in ihr Wahlprogramm zur Kommunalwahl aufgenommen.



Entscheidungen trifft weiterhin die Verwaltung. Das führt verständlicherweise zu Verdruß bei den EinwohnerInnen.

Die Beteiligung der EinwohnerInnen an Entscheidungen zum Haushalt und zur Stadtentwicklung muss ausgeweitet werden. Ein Mittel, um aktiv zur Mitgestaltung der Stadt und des eigenen Lebens-

0,50 Euro pro EinwohnerIn für das Bürgerbudget bereitgestellt werden. Bei momentan über 640.000 EinwohnerInnen wären dies 320.000 Euro.

Wuppertal hat beispielsweise einen vorbildlichen Ablauf beim Bürgerbudget, der eine breite Mitbestimmung und Mitwirkung am Haushalt ermöglicht. Auf

Stadt spart bei den Volkshochschulen

Volkshochschulen sind eine Errungenschaft, die Menschen jeden Alters und jeden Einkommens den Zugang zu Bildung einfach macht. Aber auch hier kürzt die Düsseldorfer Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP die Ausgaben. Das Budget der Stadt sieht in diesem Jahr Einsparungen durch eine „Programmstraffung“ bei den Volkshochschulen vor. Das bedeutet weniger Kursangebote und weniger Arbeitsstunden für die Lehrkräfte.

DIE LINKE lehnt Kürzungen im Bildungsbereich grundsätzlich ab. Die Volkshochschulen sind nur ein Bereich, der unter der Sparpolitik der Rathaus-Ampel leidet. 20 Prozent weniger Personal als in 2015 sieht das große Kürzungsprojekt des Oberbürgermeisters „Verwaltung 2020“ vor. DIE LINKE forderte in der Haushaltssitzung des Stadtrates, dass die Kürzungen bei der Volkshochschule zurückgenommen werden. Wir treten für das Recht aller Menschen auf Weiterbildung ein; beruflich und privat. Dafür braucht es ein vielseitiges VHS-Programm.

Ferienpass für Kinder und Jugendliche

Um Kindern und Jugendlichen aus finanzschwachen Familien eine Betreuung während der Schulferien zu ermöglichen, gibt es die „Düsselferien“. Allerdings sind viele Angebote schnell ausgebucht, sodass nicht alle Kinder und Jugendlichen daran teilnehmen können.

Deshalb möchte DIE LINKE einen sogenannten Ferienpass einführen. Dieser würde freien Eintritt bzw. Rabatte für diverse Einrichtungen und Aktivitäten beinhalten. Verschiedene Städte wie zum Beispiel Berlin, Essen, Krefeld und Bochum haben bereits Ferienpässe ausgegeben.

Um das auch in Düsseldorf zu erreichen, haben wir im Jugendhilfeausschuss einen Antrag gestellt, die Verwaltung ein Konzept für die Ausgabe von Ferienpässen erstellen zu lassen.

Die anderen Fraktionen fanden den Vorschlag zwar gut, wollten aber wieder einmal nicht einem Antrag der LINKEN zustimmen. Also hat die Ampel aus SPD, Grünen und FDP einen Änderungsantrag gestellt. Bevor ein solches Konzept erstellt wird, sollte die Verwaltung Kontakt mit anderen Städten aufnehmen und erforschen, welche Erfahrungen dort gemacht wurden. Wir haben diesem Antrag zugestimmt, damit endlich etwas passiert.

Verpackungsabfälle „Gelbe Tonne“ – Aus den Augen, aus dem Sinn

Kunststoffmüll wird zu einem immer größeren Problem. 2018 fielen laut Bundesumweltamt etwa 5,6 Millionen Tonnen Plastikmüll in Deutschland an, davon wurden 1,04 Millionen Tonnen exportiert. Was nach dem Export damit geschieht, bleibt oft im Dunkeln. Die umweltschonende Entsorgung des deutschen Kunststoffmülls darf aufgrund zahlreicher, gegenteiliger Berichte allerdings bezweifelt werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung schreibt: „In vielen Ländern gilt das Verbrennen von Kunststoff als Entsorgungsoption. Passiert dies außerhalb geeigneter Anlagen und ohne dass die Abgase gefiltert werden, gelangen zum Teil hochgiftige Substanzen in die Umwelt (...). Zusätzlich entstehen CO₂-Emissionen.“ Die Verwaltung der Stadt Düsseldorf konnte Fragen zum Verbleib unseres Plastikmülls nicht beantworten, da ihr keine Zahlen darüber vorliegen. DIE LINKE beantragte aus diesem Grund im städtischen Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, dass die Stadtverwaltung und die AWISTA die Betreiber des dualen Entsorgungssystems auffordern, Informationen zur Nutzung des Düsseldorfer Plastikmülls zu veröffentlichen. Alle DüsseldorferInnen müssen erfahren, wie viel von dem Müll verwertet, verbrannt und verkauft wird und sichergehen können, dass er nicht auf anderen Kontinenten oder im Meer landet.

Die Zeit der Ausnahmen ist vorbei

2013 wurde das Handlungskonzept Wohnen verabschiedet und damit die Quotierung für den Wohnungsbau eingeführt. Bei Neubauvorhaben gilt seitdem, dass insgesamt 40 % der Wohnungen entweder als Sozialwohnungen oder als sogenannte preisgedämpfte Wohnungen gebaut werden müssen. Bauprojekte, die vor 2013 schon in der Planung waren, sind von dieser Quotierung nicht betroffen. Da den Gremien immer wieder Projekte vorgelegt wurden, für die die Regelung nicht gilt, hat DIE LINKE im Planungsausschuss nachgefragt, wie lange wir uns noch auf solche Projekte einstellen müssen. In der gleichen Sitzung wurde der letzte „Altfall“ vorgestellt. Es wird in Zukunft also keine Projekte ohne Quotierung mehr geben.

Kalter Krieg reloaded

Kriegsgerät wird durch Düsseldorf gekarrt

Es ist das größte Militärmanöver seit 25 Jahren auf europäischem Boden. So wie damals steht der Feind für die NATO im Osten. Mindestens 37.000 Soldaten der US-Armee sowie weitere Tausende aus den verschiedenen NATO-Armeen werden an „Defender 2020“ teilnehmen. Unmengen von Panzern und anderem



Krieg auf den Straßen
Foto: (CC BY 2.0) flickr/7th Army TC

Kriegsmaterial werden ab Februar bis Mai aus den USA zu Flug- und Seehäfen in Belgien, den Niederlanden und Deutschland verbracht und von dort aus weiter nach Polen und ins Baltikum. Die Bundeswehr wird innerhalb Deutschlands logistische Unterstützung leisten. Auch die Bundesbahn wird ihren Teil dazu beitragen, denn ein großer Teil der Transporte wird über die Schiene gen Osten gebracht. Nach Ende des Manövers geht

das Material den gleichen Weg wieder zurück.

In den NATO-Planungen ist explizit Düsseldorf als Durchgangsstation genannt, wie aus einer Anfrage der LINKEN im Bundestag hervorging.

Zur Rolle der Bundesrepublik und den Aufgaben der Bundeswehr beim Manöver

schrub die Armee 2019 auf ihrer Webseite: „Transportkolonnen in der Nacht auf deutschen Autobahnen, lange Güterzüge, die durch deutsche Bahnhöfe gen Osten rollen, Panzer auf Binnenschiffen im Ruhrgebiet: Wenn die Amerikaner im kommenden Jahr mit Defender Europe 20 die Verfahren zur Verlegung von umfangreichen Kräften aus den USA nach Osteuropa üben, wird Deutschland aufgrund seiner geo-strategischen Lage im

Herzen Europas zur logistischen Drehscheibe.“

Zwei mögliche Streckenführungen sind für Düsseldorf denkbar: Von Antwerpen über die NATO-Basis Rheindahlen - die als Raststation vorgesehen ist - mit der Bahn über die Hammer Brücke und durch Bilk Richtung Wuppertal oder durch den Hauptbahnhof Wuppertal Essen und über die Autobahn 44 über die Flughafenbrücke im Norden von Düsseldorf Richtung Hannover. Davon will die Stadt Düsseldorf angeblich nichts wissen.

Zum Manöver und den angekündigten Militärtransporten durch Düsseldorf stellte DIE LINKE eine Anfrage im Rat. Laut ihrer Antwort weiß die Verwaltung nichts von Transporten durch Düsseldorf und demnach auch nicht, welche Waffensysteme durch die Stadt transportiert werden.

Dessen ungeachtet organisiert sich langsam der Protest gegen dieses Kriegsspiel; daran wird sich auch DIE LINKE beteiligen. Auch wenn Militärbeobachter u.a. aus Russland an „Defender 2020“ teilnehmen ist es eindeutig, dass hier der möglichst schnelle Transport durch Deutschland an eine mögliche Kampfeinsatzzone im Osten gegen Russland geübt werden soll. Sonst müsste man das schließlich nicht üben.

Betonierte Vorgärten

Stadt bleibt weiter untätig

In Städten wie Moers, Kamp-Lintfort oder Dortmund haben die Stadträte die Klimafolgen von zugestrichelten Vorgärten heiß diskutiert. In Düsseldorf ist das Thema offenbar nur der LINKEN wichtig genug, dass sie immer wieder nachbohrt. Dabei zeigt der Klimawandel auch in Düsseldorf Auswirkungen: Extremhitze hat im Sommer Bäume so stark geschwächt, dass sie jetzt für den Borkenkäfer anfällig sind. In der Innenstadt mussten sie mit Not-Bewässerung am Leben gehalten werden.

Nicht nur die Pflanzen, auch die Menschen litten unter dem Hitzestau der Stadt. Begrünte, unversiegelte Flächen, die Hitze abbauen, gibt es zu wenige. Deshalb ist der Trend zu vegetationsfreien Vorgärten mit Steinen, Schotter, Kies oder Splitt verheerend.

Dabei gibt es in Düsseldorf seit 1978 eine Rechtsgrundlage zur Durchsetzung des klimawichtigen Grüns im Vorgarten; die Düsseldorfer Vorgartensatzung schränkt das Versiegeln von Vorgärten auf notwendige Bereiche wie die Zuwege ein. DIE LINKE hat mehrfach nachgefragt, warum das nicht umgesetzt wird. Im Umweltausschuss äußerte die Bauaufsicht Zweifel an der Rechtswirksamkeit der eigenen städtischen Satzung. Im Stadtrat bestätigte die Verwaltung,

dass die Vorgartensatzung deswegen nicht umgesetzt wird. DIE LINKE fragte deshalb am 6. Februar im Stadtrat auch nach, warum die Verwaltung die Vorgartensatzung nicht nachgebessert hat, um die Ansprüche der Gerichte an eine Gestaltungssatzung zu erfüllen. Man könnte den Geltungsbereich und das Gestaltungskonzept schließlich ändern.

Die Antwort der Verwaltung war entlarvend. Es fehlt das Personal, die Vorgärten zu erfassen. Außerdem hat die Verwaltung Zweifel, ob Vorgartensatzungen überhaupt noch rechtlich haltbar sind, nachdem die CDU-FDP-Landesregierung als Teil ihres Wirtschaftspro-

gramms 2019 die Baugesetzgebung „entbürokratisiert“ hat. Die Stadtverwaltung verwende ihre Kräfte jetzt lieber darauf, den Investoren schneller neue Wohnungsbaugenehmigungen zu erteilen. Auf Deutsch: Neue Flächen zu versiegeln geht jetzt schneller, Entsiegelung von Flächen sieht die Stadt nicht als ihre Aufgabe an. Oder doch: Die Stadt versucht mit „Informations-, Beratungs-, und Förderangeboten auf Bauherren und Eigentümer zuzugehen und sie so zum Erhalt von Vorgärten zu bewegen.“ Düsseldorf hat den Klimanotstand erklärt. Einen konsequenten Kampf fürs Klima vermissen wir aber noch immer.



Schöne Einöde
Foto: (CC BY-SA 4.0) wikipedia/Joris Egger

Stadt bekämpft Wohnungslose

Schlagstöcke für den Ordnungsdienst

Ohne Mitwirkung der Politik hat die Düsseldorfer Stadtverwaltung die Ausrüstung des Ordnungs- und Servicedienstes (OSD) mit Schlagstöcken beschlossen. Die OSD-Kräfte werden den „Einsatzstock, kurz ausziehbar“ (EKA) mitführen. Das wurde dem Ordnungsausschuss im November überraschend mitgeteilt. Der EKA ist ein Teleskop-Schlagstock, mit dem man Menschen schwerste Verletzungen zufügen kann.

Die Kritik der LINKEN wies die Stadtverwaltung im Ordnungs- und Verkehrsausschuss zurück: Der Schlagstock werde nur zur Gefahrenabwehr eingesetzt. Diese Einschätzung ist realitätsfern, wie die Erfahrungen in anderen Städten zeigen: Ordnungskräfte und auch Polizei nutzen Schlagstöcke nicht defensiv, sondern um „Ordnung“ durchzusetzen.

Anja Vorspel, Mitglied der LINKEN Ratsfraktion, glaubt ebenfalls nicht an Zurückhaltung des OSD beim Schlagstock-Einsatz: „Immer wieder kommt es zu aggressivem Verhalten von OSD-Mitarbeitern gegenüber Einwohnern. Besonders betroffen durch den OSD sind sogenannte Randgruppen, wie beispielsweise

Wohnungslose.“ Streetworker berichten von Fällen, in denen der OSD Handys von Wohnungslosen als „Sicherheitsleistung“ beschlagnahmt oder in Einzelfällen Betroffene sogar fesselt.



Natürlich nur zur Verteidigung
Foto: © canstock/grafvision

Anja Vorspel fordert, die Bewaffnung des OSD sofort zu stoppen: „Es ist ein Unding, dass die Ausbildung am Schlagstock begonnen wurde, ohne die Öffentlichkeit zu informieren. DIE LINKE kritisiert das gesamte Vorhaben und fordert dessen sofortige Aussetzung.“

DIE LINKE stuft die „Düsseldorfer Straßenordnung“, auf die sich der OSD beruft, insgesamt als rechtswidrig ein und

fordert deren Abschaffung. Statt Wohnungslose zu vertreiben, sollte die Stadt ihnen ein Dach über dem Kopf geben, indem sie das Wohnungsprojekt „Housing First“ von Paritätischem Wohlfahrtsverband und fiftyfifty unterstützt.

Aber die Stadt setzt unter einer Ratsmehrheit aus Grünen, SPD und FDP auf eine Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche: Auf der einen Seite gibt es neue Notunterkünfte, aber auf der anderen Seite fiel Amtsleiterin Miriam Koch im Sommer 2019 mit einer miesen Aktion gegen Wohnungslose auf: Das Ordnungsamt ließ unter der Rheinkniebrücke Geröll aufschütten, um Wohnungslose dauerhaft zu vertreiben.

Auf der Ratssitzung am 6. Februar fragte DIE LINKE nach konkreten Gründen für eine im Januar über die Presse angekündigten Vertreibung der Wohnungslosen am Rätiger Tor, am Kom(m)ödchen und am NRW-Forum. Die Stadt wies nur wieder darauf hin, dass sie dank der „Düsseldorfer Straßenordnung“ keine Rechenschaft darüber schuldig ist, wen sie wann von wo vertreibt. Sie verwahrte sich aber gegen das Wort „Vertreibung“.

Abriss der „Brause“

Legal? Illegal? Scheißegal!

Am 22. November wurde in Bilk mit dem Abriss einer ehemaligen Tankstelle aus den Fünfzigerjahren begonnen. Dort war der Kulturverein „Brause“ untergebracht. Die Aufregung in der Bevölkerung war groß, da viele davon ausgegangen waren, dass die Tankstelle unter Denkmalschutz stand. Es fand eine spontane Demonstration gegen den Abriss statt.

Die Verwaltung stoppte sofort den Abriss, da die Prüfung auf Denkmalschutz noch nicht abgeschlossen war. Es wurde von illegalem Vorgehen des Investors gesprochen. Wie sich allerdings herausstellte, entsprach er den geltenden Gesetzen.

Was war passiert? Im September hatte der Investor den Abriss angemeldet. Im Oktober bekam er eine Bestätigung der Verwaltung, dass die eingereichten Unterlagen vollständig seien. Der daraufhin im November durchgeführte Abriss entsprach der Bauordnung des Landes NRW, da das Gebäude noch nicht unter Denkmalschutz stand. Zwar war der Investor darüber informiert, dass die Prüfung auf Denkmalschutz lief, die Stadtverwaltung versäumte aber offenbar, die Denkmalschutzbehörde darüber zu informieren, dass der Abrissantrag eingereicht worden war. So konnte der Investor die Lücke, die sich auftat, zu seinen Gunsten nutzen.



(Fast) vollendete Tatsachen
Foto: gafas/Rheinblick

Angesichts der Proteste aus der Bevölkerung reagierte die NRW-Behörde umgehend, stellte die Tankstelle unter vorläufigen Denkmalschutz und legte die Baustelle still. Es wäre wohl auch dazu gekommen, dass das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt wird. Allerdings war schon so viel an Substanz abgerissen worden, dass es nicht mehr zu retten war. Durch die Unverschämtheit des Investors und die Schlafmützigkeit der Behörden wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Im weiteren Verfahren hat sich der Investor bereit erklärt, im zukünftigen Wohngebäude einen Kulturraum einzurichten. Das ersetzt aber nicht eine erhaltenswerte Tankstelle aus

den fünfziger Jahren. Bei einem anderen Gebäude in Bilk ist es besser gelaufen: Auch beim Kronenhaus plante der gleiche Investor den Abriss und einen Neubau. Das konnte durch eine sehr aktive Bürgerinitiative verhindert werden. Nach vielen Protesten in der zuständigen Bezirksvertretung und vor Ort wurde das Haus unter Denkmalschutz gestellt.

Da unter diesen Bedingungen der Profit wohl nicht mehr so groß sein wird, wie es sich der Investor ausgerechnet hat, gab er das Projekt auf. Hier hatte er nicht die Chance, vollendete Tatsachen zu schaffen. Das ist wahrscheinlich auch auf den Abriss der „Brause“ zurückzuführen.

Energiesperren in Düsseldorf

Regelmäßig erfragt DIE LINKE im Sozialausschuss die Zahlen der verschiedenen Energiesperren in Düsseldorf.

Im ersten Halbjahr 2019 gab es 2.309 Stromsperren, 276 Gas- und 62 Wassersperren. Energiesperren werden verhängt, wenn KundInnen der Stadtwerke ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Für viele Menschen mit durchschnittlichem oder niedrigem Einkommen stellen hohe Energiekosten eine enorme Belastung dar. Wenn eine unerwartete Ausgabe hinzukommt, kann die Energierechnung oft nicht sofort beglichen werden. Da Energiesperren rechtlich kaum reguliert sind und ohne Gerichtsbeschluss vollzogen werden können, führt dies häufig nach kurzer Zeit zu einer Sperrung.

Ebenfalls hat DIE LINKE nachgefragt, ob und wie Optimierungen eingesetzt werden, um Energiesperren zu vermeiden. Die Verwaltung antwortete, dass sie seit zehn Jahren eng mit Energieversorgern, Beratungs- und Sozialleistungsträgern zusammenarbeitet. Das würde zu weniger Sperrungen führen. Allerdings liegen die Zahlen der Energiesperren für das erste Halbjahr auf Vorjahresniveau.

Verbesserungen bei der Musikschule

DIE LINKE konnte soziale Verbesserungen bei den kulturellen Angeboten der Stadt erreichen: In der Debatte zum Haushalt 2020 stellte DIE LINKE den Antrag, dass für Düsseldorf-InhaberInnen die Angebote der städtischen Clara-Schumann-Musikschule kostenlos werden sollen. Zudem sollten Geringverdienende einen Rabatt von 50 Prozent erhalten. Dieser Antrag der LINKEN setzte die Ampel unter Druck. SPD, Grüne und FDP formulierten deshalb in der laufenden Sitzung einen Änderungsantrag, der Düsseldorf-InhaberInnen und Geringverdienende von immerhin 70 Prozent der Gebühren befreite. Diese Änderung verwässerte den Antrag der LINKEN zwar, stellte aber für die Betroffenen eine große Verbesserung dar. Der Antrag der LINKEN wurde mit den Änderungen beschlossen. Für die Beschäftigten der Clara-Schumann-Musikschule gab es leider keine Verbesserungen. Die Ampel mauerte gegen den Antrag der LINKEN, zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen an der Musikschule zu schaffen, statt mehr Lehrkräfte in einem unsicheren Honorarvertrag zu beschäftigen.

Mehr Aufmerksamkeit für die Grundsicherung

Bei immer mehr Menschen in Deutschland reicht trotz jahrelanger Erwerbstätigkeit im Alter das Geld nicht zum Leben. Sie haben Anrecht auf die „Grundsicherung im Alter“. Seniorinnen und Senioren, deren Rente und Wohngeld nicht zum Überleben reichen, können sie beantragen. In Düsseldorf bezogen im letzten Jahr 11.628 Menschen die Grundsicherung im Alter. Jedoch ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt. Bis zu zwei Drittel der Berechtigten bundesweit verzichten aus sozialer Scham, aber oft auch aus Unkenntnis auf die Leistung. Deswegen hat DIE LINKE im Ausschuss für Gesundheit und Soziales nach den städtischen Informationsangeboten zur Grundsicherung im Alter gefragt. Dabei kam heraus, dass die Stadt Flugblätter in verschiedenen Sprachen anbietet. Persönliche Beratung gibt es beispielsweise in den „zentren plus“ – Anlaufstellen zu Fragen um das Leben im Alter in den Stadtteilen. Aus Sicht der LINKEN muss die Stadt die Seniorinnen und Senioren aber aktiv mit einem Informationsschreiben über ihre Beratungsangebote informieren.

Kitaoffensive nur mit Personaloffensive

Die Suche nach einem U3-Betreuungsplatz in Düsseldorf gestaltet sich für viele Eltern Jahr für Jahr schwierig. Die Stadt hat sich deswegen zur Aufgabe gemacht, jedes Jahr 1.000 neue Kita-Plätze zu schaffen. Diese Entwicklung ist sehr zu begrüßen. Dabei muss jedoch auch über die personelle Situation in den Kitas gesprochen werden. Schon jetzt kommt es in vielen Kitas in Düsseldorf zu Engpässen und Ausfällen von ErzieherInnen. Deswegen hat DIE LINKE im städtischen Personal- und Organisationsausschuss nach der Personalsituation in den städtischen Kitas und ihrer möglichen Auswirkung auf die Betreuungsqualität gefragt. Die Besetzungsquote des Kitapersonals ist in Düsseldorf mit 96% vorbildlich. Wenn in einer Kita jedoch Fachkräftemangel herrscht, dauert die Suche lange. Einige Kitas müssen beispielsweise auf Personal von Zeitarbeitsfirmen zurückgreifen. Aus Sicht der LINKEN muss die Stadt dafür sorgen, dass im Zuge der Kitaoffensive genügend eigenes Personal gefunden wird. Dafür sollte die Stadt den Job von ErzieherInnen aufwerten und ihre Anreize erweitern.

Tour de Catastrophe

Auch der Vertrag der Stadt zur Fußball EM ist geheim

Die Stadt Düsseldorf predigt immer wieder über ihre Offenheit gegenüber Daten, die veröffentlicht werden. In der Tat veröffentlicht sie immer mehr Datenmaterial und Verwaltungsvorgänge (siehe www.opendata.duesseldorf.de). Wenn es jedoch um Verträge geht, dann mauert sie.

Große Diskussionen gab es vor und nach der Tour-de-France (Grand Départ) im Jahre 2017. Erst aufgrund einer Gerichtsentscheidung wurde der französischsprachige Vertrag mit dem französischen Vertragspartner A.S.O. Ende letzten Jahres aufgrund des Informationsfreiheitsgesetz offengelegt. Auf den Internet seiten ist er jedoch bis jetzt nicht zu finden.

Bis zum Urteil hatte Oberbürgermeister Geisel verhindert, dass JournalistInnen Einblick nehmen können. Schon die wenigen Vertragseinzelheiten, die nun bekannt geworden sind, lassen ver-

muten, dass die Öffentlichkeit in Bezug auf die Kosten der Tour-de-France für die Stadt Düsseldorf bewusst getäuscht wurde.

Die Ratsfraktion DIE LINKE war von Anfang an gegen das Spektakel und wies auf die enormen Kosten hin. Die Stadtverwaltung berichtete von Einnahmen in Höhe von acht Millionen Euro, denen Ausgaben von 15,8 Millionen Euro gegenüberstehen. Der Stadtrat hatte vorab ein Minus von 4,9 Millionen Euro wegen der Werbewirkung für die Stadt abgesegnet. Es entstand allerdings ein höheres Minus – laut offiziellen Zahlen kostete der Grand Départ die Stadt 7,8 Millionen Euro.

DIE LINKE kritisierte zusätzliche, verborgene Kosten z. B. für Polizei, Feuerwehr und Sanitätsdienste. Diese sind laut Vertrag mit der A.S.O. von der Stadt Düsseldorf zu tragen. Ebenso fehlen in der offiziellen Abrechnung die Kosten für die Bereitstellung städtischer Mitarbei-

terInnen, welche aus den Budgets der einzelnen Ämter bezahlt werden.

Eine diesbezügliche erneute Anfrage zur Tour-de-France wurde wiederum ausweichend beantwortet. Kosten wurden nicht erfasst, insofern ist von einem wesentlich höheren Verlust auszugehen.

Es handelte sich um einen regelrechten Knebelvertrag, indem die Stadt das gesamte finanzielle Risiko zu tragen hatte. Das Gleiche ist zu befürchten bei der Fußball-EM der Männer 2024. Auch hier hat die Stadt, seines Zeichens OB Geisel, eine Verpflichtungserklärung gegenüber dem europäischen Fußballverband UEFA unterzeichnet, die weitreichende Rechte der Stadt, von HändlerInnen und EinwohnerInnen beschneidet. Und auch hier sind enorme Verluste zu befürchten.

DIE LINKE wird in einer der nächsten Ratssitzungen verlangen, dass auch diese Erklärung offengelegt wird. Sonst muss halt wieder geklagt werden.

Kein Respekt vor Arbeit

Die Stadt spart auf Kosten ihrer Beschäftigten und EinwohnerInnen

DIE LINKE und die Personalversammlung der städtischen Beschäftigten kritisieren von Beginn an die Kürzungspläne von Oberbürgermeister Thomas Geisel. Unter dem Titel „Verwaltung 2020“ sollten die Arbeitsplätze bei der Stadt bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent reduziert werden.

Als der Plan 2016 vorgestellt wurde, waren bereits 1000 Stellen nicht besetzt. Mitte 2019 waren es schon 1.529 Stellen. Das heißt, die Stadt spart sich in der Praxis bereits jede siebte MitarbeiterIn.

Jede siebte MitarbeiterIn der Stadt eingespart

DIE LINKE stellte dazu im zuständigen Ausschuss für Personal und Organisation mehrere Anfragen. In den Antworten zeigt sich deutlich, wie verheerend sich der Kürzungswahn ausgewirkt hat.

So liegt die Krankheitsquote bei den Beschäftigten der Bürgerbüros bei 10 Prozent. Das ist auch der Durchschnittswert für die Stadtverwaltung insgesamt. Auch für die BürgerInnen hat das Folgen: Um einen Termin in einem Bürgerbüro zu bekommen, rät die Stadt, es nachts oder am frühen Morgen mit der Online-Terminvereinbarung zu versuchen, sobald die neuen freien Termine eingestellt werden. Tagsüber erscheint für die meisten Bürgerbüros nur der Hinweis „Aktuell ausgebucht“.

Die Zustände bei der Feuerwehr sind für OB Geisel ebenfalls kein Ruhmesblatt. Während mittlerweile 64,5 Plan-



Langes warten auf einen Termin
Foto: © canstock/gemenacom

stellen nicht besetzt sind, hat sich die Zahl der Rettungseinsätze seit 2013 um 40 Prozent erhöht. 2019 fielen deshalb allein im ersten Halbjahr 46.722 Überstunden an. Wenn sich dieser Trend über den Rest des Jahres fortgesetzt hat, bedeutet das, dass Düsseldorfer Feuerwehr und Rettungsdienste so viele Überstunden vor sich her schieben, wie seit 2015 nicht mehr.

Besonders schwer wiegen die Folgen der schlechten Personalausstattung auch im Amt für Migration und Integration. Dem Integrationsamt fehlen 82 MitarbeiterInnen. Das bedeutet monatelange Verzögerungen zum Beispiel bei der Ausgabe von Pass-Ersatzdokumenten – mit allen menschlichen Folgen, die das etwa für ausländische Beschäftigte oder gemischte Paare haben kann. Das bedeutet weiterhin für nicht-deutsche Azubis, vor allem für Geflüchtete, dass die Ausbildungsduldung oder Beschäftigungserlaubnis häufig so spät kommt,

dass eine Lehrstelle oder ein Arbeitsplatz nicht angetreten werden kann.

Der Personalrat stellt dazu fest: „Seit Gründung des Amtes im Jahr 2018 ist es bisher nicht gelungen, für eine aufgabengerechte Personalausstattung zu sorgen.“

Zeitarbeit im Integrationsamt

Das Integrationsamt behilft sich mit prekär beschäftigten ZeitarbeiterInnen und PraktikantInnen. Trotzdem ist die Arbeitsbelastung so groß, dass beim Integrationsamt 24 Beschäftigte ihre eigene Überlastung Vorgesetzten gemeldet haben.

Entsprechend hat DIE LINKE in der Haushaltssitzung des Personal- und Organisationsausschusses beantragt, dass der Stellenplan der Stadt ausfinanziert wird, sodass die unmittelbar fehlenden Stellen besetzt werden können. Das lehnten SPD, Grüne und FDP ohne Rücksicht auf die Folgen ab.

Verkauf Carsch-Haus

Heinrich-Heine-Platz wird umgebaut

Die Stadt Düsseldorf hat das Grundstück des Carsch-Hauses und das daneben liegende Haus Kasernenstraße 6 an René Benko, den Besitzer des Konzerns Galeria Karstadt Kaufhof verkauft. Dafür kassiert die Stadt fast 50 Millionen Euro.

Es geht aber nicht nur um den Verkauf, sondern auch um den Heinrich-Heine-Platz. Dieser bleibt zwar im Besitz der Stadt, aber er soll umgestaltet werden.

Der Heinrich-Heine-Platz ist der am besten funktionierende Platz in Düsseldorf. Dort treffen sich Menschen mit verschiedenen sozialen Hintergründen und jeden Alters. Obdachlose und AltstadtbesucherInnen sitzen ohne Konflikte nebeneinander auf den Stufen.

Dieses Bild soll sich ändern. Die Verwaltung hat nämlich mehrere Beschwerden von Anrainern über den Lärm erhalten und ist der Meinung, sie müsse handeln. Bei den Anrainern handelt es sich in erster Linie um Hotels. Sie machen zwar Reklame mit der Nähe zur Altstadt, wollen aber bestimmen, wie groß der Lärm sein darf.

Der Besitzer des Carsch-Hauses hat einen Entwurf für einen neuen Heine-Platz vorgelegt. Der Platz wird danach von einer riesigen Treppe dominiert, die in das Untergeschoss des Carsch-Hauses führt. Ansonsten ist der Platz eingeebnet und mit einigen Bäumen bepflanzt. Er wird dadurch lebloser als der Platz vor den Bilker Arkaden. Im Entwurf fehlt außerdem ein wesentliches Element des

Heinrich-Heine-Platzes – der Pavillon. Er soll abgerissen werden. Zwar sagt die Planungsverwaltung, dass die Gestaltung des Platzes noch völlig offen ist, hat aber im Vorfeld schon betont, dass der Pavillon nicht unter Denkmalschutz steht, da es sich um einen Nachbau handelt.

Zwischen der Stadt Düsseldorf und der Gesellschaft, die das Kaufhaus betreibt, soll ein Vertrag geschlossen werden, um sich bei der Gestaltung des Platzes abzustimmen. Zwar hat die Stadt in einer In-



Big Sale auch vor dem Carsch-Haus
Foto: © gafas/r(h)einblick

formationsveranstaltung Einwohnerinnen und Einwohner angeregt, den Platz mit zu gestalten. Es wird aber keinen Vertrag mit der Stadtgesellschaft geben,

sondern mit dem Investor. Man merkt, wo die Reise hingehen soll. Um den neuen, sterilen Platz zu beleben, sollen angrenzende Gastronomiebetriebe Tische aufstellen können. Ein kostenloses Verweilen auf dem Platz wird es in Zukunft nicht mehr geben. Man wird ihn nur noch nutzen können, wenn man konsumiert.

Im Planungsausschuss haben die Grünen noch zusammen mit der LINKEN gegen einen Verkauf der Kasernenstraße 6 gestimmt, da auch sie größte Befürch-

tungen hinsichtlich der Neugestaltung des Platzes hatten. Im Rat war dann aber DIE LINKE Fraktion die einzige, die gegen den Verkauf stimmte.

Förderung von Lasten- fahrrädern abgelehnt

Die LINKE beantragte für den Haushalt 2020 ein Förderprogramm für unmotorisierte Lastenräder. Dafür sollte der Rat insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung stellen. Der Antrag sollte eine Lücke schließen: Das Land NRW fördert nur die Anschaffung von Elektro-Lastenfahrrädern. Die Anschaffung von Lastenfahrrädern ohne Motor wird nicht gefördert; weder vom Land noch von der Kommune. Das sollte sich mit dem Antrag ändern. Denn in Düsseldorf können die steigungsarmen, innerstädtischen Strecken mit einem Lastenfahrrad ohne elektrische Unterstützung gefahren werden. Das Konzept für Lastenfahrräder sollte analog der „Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung von Lastenrädern“ ausgerichtet sein. Im Antrag war vorgesehen, dass 50 Prozent der Anschaffungskosten als Zuschuss gefördert werden sollten. AntragstellerInnen könnten dabei kleine Unternehmen, Vereine, Einrichtungen aus dem Kinder- und Jugendbereich und Zusammenschlüsse von Privatpersonen sein. Die Stadt Köln hat für 2020 das Budget für die Förderung von Lastenfahrrädern aufgrund der großen Nachfrage von 200.000 auf 1,9 Millionen Euro erhöht. Leider hat der Rat den Haushaltsantrag der LINKEN abgelehnt. Besonders die Ablehnung durch die Grünen, welche sich ansonsten als Motor der Düsseldorfer Verkehrswende darstellen, ist erstaunlich.

Klares Urteil, milde Strafe

„Bruderschaft Deutschland“ beschimpft LINKEN-Fraktionssprecherin

Das Amtsgericht Düsseldorf hat am 17. Dezember 2019 ein eindeutiges Urteil gegen ein Mitglied der rechtsradikalen „Bruderschaft Deutschland“ wegen Beleidigung der Fraktionssprecherin der LINKEN, Angelika Kraft-Dlangamandla, gesprochen.

Kein einmaliger Vorfall: „Die Mitglieder der ‚Bruderschaft‘ kennen mich wegen meines Engagements für Geflüchtete und gegen Rechts in der Bezirksvertretung und im Stadtrat. Deshalb spucken sie vor mir aus und beschimpfen mich ständig“, so Kraft-Dlangamandla.

Im Sommer diesen Jahres versammelte sich zum wiederholten Mal eine Gruppe von Mitgliedern der „Bruderschaft“ hinter ihrer Wohnung. Die „Bruderschaft Deutschland“ ist ein Zusammenschluss aus dem rechten Hooligan-Umfeld mit ungefähr 150 Mitgliedern und stammt ursprünglich aus Düsseldorf-Garath. Dort ist Kraft-Dlangamandla für ihren

Kampf gegen die gefährliche rechte Gruppierung bekannt.

Direkt hinter dem Garten der Fraktionssprecherin hörten die Bruderschaft-



Angelika Kraft-Dlangamandla

ler Musik mit rechten Texten, riefen antisemitische und rassistische Parolen und persönliche Beleidigungen gegen

Kraft-Dlangamandla. Sie erstattete Anzeige gegen ein Mitglied der Gruppe, das sich mit besonders starken Beleidigungen hervortat.

„Es ist wichtig, sich von Rechten nicht alles gefallen zu lassen“, sagt Kraft-Dlangamandla. „Einschüchterungsversuche von Rechtsradikalen gegen Politikerinnen sind keine Kleinigkeit. Auch andere Ehrenamtliche, die sich gegen Nazis und Rassismus einsetzen, sehen sich Beleidigungen, Drohungen und teils Gewalt ausgesetzt. Ich wollte mit der Anzeige gegen ein Mitglied der ‚Bruderschaft‘ zeigen, dass man sich nicht entmutigen lassen darf. Antisemitismus und Rassismus dürfen wir nicht nachgeben.“

Das Gericht gab Kraft-Dlangamandla Recht. Nach kurzer Verhandlung kam der Richter zu dem Ergebnis, dass keinerlei Zweifel am Tathergang bestanden. Der Täter kam allerdings mit einer Geldstrafe von 600 Euro davon.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Meikel Friebe, Inge Heuschen, Kea Detmers, Christian Jäger, Ben Klar, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook: LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

20.000

Renaturierung kommt nicht voran

Bisher sind vom Kittelbach nur 1,3 von 9,7 Kilometern in einem natürlichen Zustand. Die LINKE stellt seit 2017 regelmäßig Haushaltsanträge, um den Kittelbach zu renaturieren. Dabei geht es um das Teilstück von der Straße An der Piwipp bis zum Wilseder Weg (400 Meter) sowie um das Teilstück Worpssweder Weg bis Unterrather Straße - 640 Meter. Für beide Teilstücke gibt es ausgearbeitete Pläne der Verwaltung. Für die Kosten der Umgestaltungsmaßnahmen gibt es außerdem eine 80-prozentige Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Flußrenaturierung ist seit dem Jahr 2000 verpflichtend geworden. Kommunen müssen die Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 umsetzen und alle Gewässer in einen naturnahen Zustand versetzen. Die Wasserrahmenrichtlinie ist geschaffen worden, weil das Mikroklima in Städten durch die Versiegelung der Gewässer Schaden nimmt. Ziel ist ein weitestgehend oberirdischer Flussverlauf von der Quelle bis zur Mündung. Für Düsseldorf sind aufgrund der Wasserrahmenrichtlinie 624 Maßnahmen zur Renaturierung geplant. Laut Verwaltung sind bisher 123 Maßnahmen umgesetzt worden, das sind nur 19,7 Prozent. Zwischen 2012 und 2018 wurden nur zwei Projekte durchgeführt. Die Verwaltung verweist seit 2018 auf das fehlende Personal in den unterschiedlichen Behörden. Man sei sich bewusst, dass man die Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 nur zu einem geringen Teil umsetzen wird. Die LINKE fordert deshalb nicht nur die Bereitstellung von Geldern und Fördermitteln, sondern auch mehr Personal zur Umsetzung der Maßnahmen.

Konzept gegen Rechts beschlossen
Stadtrat stimmt (fast) geschlossen für Antrag der LINKEN

Am 6. Februar 2020 mussten es endlich alle Parteifractionen im Stadtrat zugeben: Düsseldorf hat ein Problem mit Rassismus und Rechtsextremismus. Anlass war ein Antrag der LINKEN gegen Rechtsextremismus am Tag nach dem historischen Tabubruch durch die Wahl eines thüringischen Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD. Angelika Kraft-Dlangamandla, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, brachte den Antrag für ein Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Ratssitzung ein. Zum zweiten Mal – denn in der Haushaltsdebatte Ende 2019 hatten selbst die Grünen einen entsprechenden Antrag der LINKEN abgelehnt.

Wahrscheinlich war es nur der öffentlichen Aufmerksamkeit zu verdanken, dass der Stadtrat den Antrag der LINKEN im zweiten Anlauf mit den Stimmen von LINKEN, CDU, SPD, Grünen und FDP annahm. Die Fakten waren nämlich lange bekannt: Allein 2018 gab es in Düsseldorf 194 Straftaten mit rechtem Hintergrund; davon waren 24 Körperverletzungen. Und das sind nur die offiziellen Zahlen, die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen. Mit dieser hohen Anzahl von Straftaten ist Düsseldorf hinter Dortmund (253 Straftaten, davon 31 Gewaltdelikte) und Köln (243 Straftaten davon 12 Gewaltdelikte) auf den dritten Platz bei rechter Gewalt in NRW aufgestiegen.

Es sind aber nicht nur die offensichtlichen Straftaten auf der Straße, die Anlass zur Sorge bieten. Beleidigungen, Anfeindungen, bis hin zu Morddrohungen gegen Personen, die sich gegen Rechts positionieren oder aber einfach nicht-weiß aussehen, nehmen dramatisch zu. Und oft folgen eben auch Taten. Selbst die CDU verstummte, als sie während

der Ratsdebatte daran erinnerte wurde, dass mit Walter Lübcke eines der bekanntesten Mordopfer aus ihren Reihen kam. Zuvor hatte CDU-Ratsmitglied Madzirov für seine Fraktion noch beantragt, dass sich das Konzept auch gegen Linksextremismus richten sollte.

Angelika Kraft-Dlangamandla, Fraktionsvorsitzende der LINKEN wies nicht

zept gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in Düsseldorf für dringend notwendig.

Zwar gibt es in Düsseldorf eine Vielzahl von Aktivitäten gegen Rechts – Düsseldorf stellt sich quer, Antifa-Gruppen, der Jugendring sowie etliche kommunale Stellen handeln und setzen sich gegen Rechts, gegen Antisemitismus, Rassismus, Islamophobie, generell gesagt gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Das Problem ist jedoch häufig, dass die Akteure voneinander gar nichts wissen und dass viele Aktivitäten aneinander vorbeilaufen.

Der Antrag der LINKEN sieht daher vor, dass die Stadt ein kommunales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus entwickelt. Vorbild dafür kann ein Konzept der Stadt Oberhausen sein: Dort wurde wissenschaftlich untersucht, wie sich die rechte Szene darstellt, aber auch was ein rechtes Weltbild fördert und vor allem, wie dem begegnet werden kann.

Die Stadt Oberhausen hat die gegen rechts handelnden Akteure an einen Tisch gebracht. Gemeinsam wurden Aktionen geplant und Strategien entwickelt. Zusätzlich wurden Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung entwickelt, die nun in Oberhausen nach und nach umgesetzt werden.

Das will DIE LINKE auch für Düsseldorf; die Zeit drängt! Mit der Kommunalwahl im September steht zu befürchten, dass die rechte AfD im nächsten Stadtrat mehr als ihr aktuell einziges Ratsmitglied haben wird. Was das für die gesellschaftliche Stimmung bedeuten wird, kann man schon jetzt im Bundestag und den Landtagen sehen. Gegen Rechts steht DIE LINKE.



als einzige die CDU zurecht. „Das Gegenteil von Rechtsextremismus heißt nicht Linksextremismus, sondern Demokratie!“

Der Mord an Lübcke oder auch der Amoklauf von Halle sind nur die Spitze des Eisbergs. Institutioneller Rassismus in Behörden und bei der Polizei zeugt davon, dass sich nach den Morden des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) nicht wirklich etwas geändert hat. Damals wurde jahrelang gegen die Angehörigen der Opfer ermittelt, sämtliche Anzeichen auf rechte Straftäter wurden ignoriert. Darum hält DIE LINKE ein Kon-

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion

DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
 Luegallee 65
 40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

